

Gruppe

SPD, Bündnis 90 / Die Grünen, Die Partei im Rat der Stadt Hildesheim



Die PARTEI

| | | |
|--|--|---------------|
| Beschlussvorlage Federführend: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN | Vorlage-Nr: 23/530 Status: öffentlich Datum: 15.12.2023 Verfasser/in: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN | |
| Änderungsantrag der Gruppe SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die PARTEI zur Vorlage 23/477: Standorte für Container/Module | | |
| Beratungsfolge: | | |
| Datum | Gremium | Zuständigkeit |
| 18.12.2023 | Verwaltungsausschuss | Vorberatung |
| 18.12.2023 | Rat der Stadt Hildesheim | Entscheidung |

Sachverhalt:

Die Stadt Hildesheim wird Flüchtlinge aufnehmen und Unterbringungen schaffen. Hildesheim ist sich der Verantwortung bewusst, dass Planungen erfolgen müssen, die über das Jahr 2024 hinausgehen und langfristige Perspektiven bieten. Ziel ist daher nicht nur eine reine Unterbringung, sondern eine Aufnahme in unserer Stadt. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, sind Standorte für die Wohnmodule zu wählen, die diese Anforderungen erfüllen können.

Beschlussvorschlag:

Der Beschlussvorschlag der Verwaltung wird wie folgt geändert:

1. Den vorgeschlagenen Standorten wird zugestimmt:

- a) Parkplatz am Südfriedhof
- b) Busparkplatz Robert-Bosch-Straße

Diese Standorte erhalten Priorität. Die Verwaltung nimmt vertiefende Planungen für sie vor, um deren Herrichtung, Erschließung und Bebauung für je 130 Personen mit einer Entwurfsplanung und Kostenberechnung zu versehen.

2. Dem Standort Am Pferdeanger wird unter dem Vorbehalt zugestimmt, dass folgende, alternative Standorte zuvor geprüft und in den jeweiligen Fachausschüssen und im Rat am 12.02.2024 vorgestellt werden. U. a. zu prüfen sind:

- a) Lerchenkamp
- b) Gelände Pappelallee
- c) Philosophenweg Ochtersum

Für den Stadtteil Nordstadt wird nur ein Standort geplant.

Gruppe

SPD, Bündnis 90 / Die Grünen, Die Partei

im Rat der Stadt Hildesheim

Die Planungskosten für drei Standorte in Höhe von insgesamt 420.000,- € sowie weitere 100.000,- € für die Vorplanung bisher nicht bekannter weiterer Baumaßnahmen werden aus bereits im Haushalt veranschlagten Mitteln für die Unterbringung von Flüchtlingen getragen.

3. Die Verwaltung wird mit Blick auf die erwartete Unterbringung weiterer Flüchtlinge ab 2025 ff. die Vorhabenplanung fortschreiben und dem Rat in 2024 weitere Unterbringungsoptionen im Stadtgebiet vorstellen.

Anlagen:

///